

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXVI/110

Bonn, den 13. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Bundestag im Endspurt</u> Eine Woche der Kompromisse	43
2 - 2a	<u>Vermischte Karten</u> Vor der französischen Präsidentschaftswahl Von Georg Scheuer, Paris	79
3 - 4	<u>Trier nach dem neunten Juni</u> Die jüngste deutsche Großstadt zwischen Vergangenheit und Zukunft	75
5 - 6	<u>Kein Ende der Verfolgung</u> Zum Jahresbericht 1969 der Amnesty International Von Hans Joachim Werbke, London	75

Bundestag im Endspurt

Eine Woche der Kompromisse

sp - Der Bundestag hat in dieser Woche ein ungeheueres Arbeitspensum hinter sich gebracht. Fast bis zur physischen Erschöpfung mußten die Abgeordneten jene Gesetzeswerke unter Dach und Fach bringen, die von der Regierung der Großen Koalition im November 1966 angekündigt worden waren. Gewiß, nicht alle Erwartungen konnten erfüllt werden. Die Sozialdemokraten haben in dieser oder jener Einzelfrage zurückstrecken müssen, aber auch die CDU/CSU mußte einsehen, daß von ihr entwickelte Vorstellungen nicht durchgesetzt werden konnten. Man kann, wenn man will, diese Parlamentswoche als die Woche des großen Kompromisses bezeichnen.

Es begann mit der schwierigen Frage der Verjährung für Gewaltverbrechen. Der Bundestag hat eine Lösung gefunden, die nach innen und außen vertretbar ist, die den Normen unseres Rechtsstaats entspricht und geeignet ist, unberechtigte Anwürfe gegen unser Volk als Ganzes zu stoppen.

In der Frage der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle kann ohne Pathos von einem historischen Ereignis gesprochen werden. Auch hier sind einige Probleme noch nicht endgültig gelöst worden, aber der Anfang ist gemacht, der gute Wille wurde demonstriert.

Die Gesetze zur Berufsförderung und zur Berufsbildung entsprechen gewiß nicht in allen Punkten den Forderungen der organisierten Arbeitnehmerschaft. Wenn man jedoch bedenkt, daß die früheren Bundesregierungen trotz zahlreicher Ansätze überhaupt nichts zustandegebracht haben, wird man anerkennen müssen, daß auch hier ein kleiner Schritt nach vorn getan wurde.

Etwas abseits von der großen parlamentarischen Bühne des Bundestages kann ebenfalls ein Ereignis registriert werden, das für das Verhältnis zwischen Bund und Ländern große Bedeutung hat: Die Einigung über die Verteilung des Steueranteils der Länder. Auch hier waren wochenlange Auseinandersetzungen vorausgegangen. Die Fronten hatten sich verhärtet und oft sah es so aus, als könnten sich die "Kontrahenten" nicht auf einer gemeinsamen Plattform finden.

Wenn die Abgeordneten an diesem Wochenende in ihre Wahlkreise zurückkehren, werden sie im Kontakt mit den Bürgern unseres Landes sicher darstellen, wie in dem einen oder anderen Falle nach ihrer Ansicht eine bessere Lösung hätte erzielt werden sollen. Diese Konfrontation der Wünsche und parlamentarischen Realitäten ist notwendig und gut. Sie wird zur Versachlichung der kommenden Wahlauseinandersetzungen beitragen und den Wahlkampf politisieren. Natürlich werden auch dann noch "Köpfe" eine Rolle spielen. Es ist jedoch sicher, daß die auf der Grundlage von Kompromissen erzielten Sachentscheidungen und die Kontroversen, die sich daraus ergeben, zur Versachlichung der politischen Auseinandersetzungen beitragen werden.

Vermischte Karten

Vor der französischen Präsidentenwahl

Von Georg Scheuer, Paris

Ein ungewöhnlich harter Wahlkampf wurde an diesem Wochenende in Frankreich beendet. Prophezeiungen am Vorabend des Wahltages sind müßig, wohl aber können die politischen Strömungen resümiert werden, die in dieser Kampagne zum Ausdruck kamen und voraussichtlich über den Wahltag hinaus weiterwirken werden.

Argumente...

Die Außenpolitik stand im Hintergrund. Sie wurde zwar immer wieder erwähnt, war aber kein eigentlicher Streitpunkt. Gewiß ist Poher zum Unterschied von Pompidou überzeugter "Europäer" und drängt insbesondere auf Verhandlungen mit Großbritannien. Aber auch Pompidou verfolgt nicht mehr die alte gaulistische Außenpolitik. Dazu muß gesagt werden, daß de Gaulle selbst in den letzten Monaten seiner Regierungszeit mit seiner Annäherung an die Vereinigten Staaten schon eine außenpolitische Wendung eingeleitet hatte.

Im Vordergrund der französischen Wahlkampagne stand die Innenpolitik. Weiterhin autoritäres Regime oder Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie - so könnte man die Positionen umreißen.

Für Pompidou stimmt die "Ordnungspartei" mit dem Schlagwort "Stabilität und Kontinuität". Für Poher stimmen die Liberalen aller Schattierungen mit dem Ruf nach Reformen. Beide Wahlblöcke denken dabei an das gleiche warnende Gespenst der Mairevolution 1968. Ihre Schlußfolgerungen sind allerdings verschieden.

Pompidous Argument: "Mit starker Autorität und fester Hand kann eine Wiederholung der revolutionären Ereignisse verhindert werden. Frankreich braucht einen starken Präsidenten, der es vor inneren und äußeren Gefahren schützt. Ein Sieg der Opposition wäre gleichbedeutend mit einem Rückfall in die Zustände der früheren Vierten Republik".

Pohers Argument: "Pompidou ist der Hauptverantwortliche für die Mairevolution 1968. Ein neues Pompidou-Regime müßte zu noch schlimmeren Ereignissen führen. Frankreich braucht radikale Reformen, drakonische Sparmaßnahmen, Verzicht auf Prestigeausgaben, soziale Gerechtigkeit, Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und Rechte, Redefreiheit auch in Rundfunk und Fernsehen, Wiederherstellung der Rechte und Befugnisse von Nationalversammlung und Senat. Das ist mit politischer Stabilität durchaus zu vereinen".

... und Prozente

Nach den letzten Diagnosen sprach man von einem Kräfteverhältnis zwischen Pompidou und Poher von 55 zu 45 Prozent. Das entspräche den Prozentsätzen zwischen de Gaulle und Mitterrand in der letzten Präsidentenwahl 1965.

De Gaulle vereinte vor dreieinhalb Jahren mit 55 Prozent außer

den Gaullisten und einem Teil der Konservativen auch noch eine kleinere Anzahl von Linkswählern, die ihm aus den Tagen der Widerstandszeit "treu geblieben" waren. Andererseits stimmte für Mitterrand mit den meisten Linkswählern, einschließlich der Kommunisten, auch ein Teil der Rechtsopposition. (Tixier Vignancourt)

Pompidous Wahlblock hingegen liegt jetzt weiter rechts. Zum Unterschied von General de Gaulle ist der "Thronfolger" durch die Vergangenheit der Widerstandszeit (gemeinsame Regierungszeit de Gaulles mit den Sozialisten, Christdemokraten und Kommunisten) nicht "belastet". Pompidou könnte in den letzten Wochen für seine Sache nicht nur die Bürgerlichen um Giscard d'Estaing und Pinay gewinnen (die sich von de Gaulle losgesagt hatten), sondern auch Vignancourt, der gegen de Gaulle in unverrückbarer Rechtsopposition stand; alles das selbstverständlich um den Preis wichtiger wirtschaftlicher und politischer Zugeständnisse.

Der frühere Direktor der Rothschild-Bank, Pompidou, gerät so in den verstärkten Geruch, Chef einer großkapitalistischen Koalition zu sein. Gerade deshalb warb er noch in den letzten Tagen mit besonderer Eifer um Wähler, denen er erstaunliche Versprechungen machte, wie etwa die Einführung des von den Gewerkschaften geforderten Monatslohnes für alle Arbeitnehmer oder die Beteiligung von Sozialdemokraten in einer kommenden Koalitionsregierung.

Man darf dies ohne Zweifel als Zeichen eines Trends werten, den auch Pompidou nicht ignorieren kann. Wieweit die Wähler diese Ankündigungen honorieren und was nach der Wahl daraus würde bleiben abzuwarten.

Kommunistische Wahlboykott-Parole

Auf der bevorstehenden Präsidentenwahl liegt aber vor allem der Schatten des kommunistischen Wahlboykotts. Wird wirklich ein Drittel der Wahlberechtigten den Urnen fernbleiben, wie es die Meinungsforschung voraussagt? Normalerweise gibt es in Frankreich 20 Prozent Stimmenthaltungen.

Außer den Kommunisten und Linkssozialisten empfehlen alle französischen Parteien Wahlbeteiligung. Vor allem die demokratische Opposition versucht die Schwankenden davon zu überzeugen, daß bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis ein "Wählerstreik" der Anti-Gaullisten eine Begünstigung des gaullistischen Kandidaten nicht ausschließe. Auch Pompidou befürchtet, daß er bei der Wahl am 13. Juni nur prozentual als Sieger aus der Wahl hervorgehen könnte, praktisch aber bei zahlreichen Stimmenthaltungen mit vermindertem Prestige die Nachfolge de Gaulles antreten hätte.

Andererseits zeigen die Ergebnisse des April-Referendums und des ersten Wahlganges Anfang Juni, daß Pompidou ohne massive kommunistische Stimmenthaltungen kaum gewählt werden könnte, denn es gibt nun einmal in Frankreich eine antigauillistische Nein-Mehrheit von ungefähr 55 Prozent, weshalb de Gaulle im April nur 46 und Pompidou am 1. Juni nur 44 Prozent der Wählerstimmen ernten konnten.

Trier nach dem neunten Juni

Die jüngste deutsche Großstadt zwischen Vergangenheit und Zukunft

KHN - Am 9. Juni wurde das alte Trier zur jüngsten deutschen Großstadt. Am Tag der Kommunalwahlen traten Eingemeindungen in Kraft, durch welche die Einwohnerzahl der Moselstadt von 87.000 auf 106.000 anstieg. Außerdem gewann die Stadt endlich das dringend benötigte, günstige Industriegelände hinzu. Erstaunlich, daß die Bevölkerung von diesem bedeutsamen Tag wenig Notiz genommen hat. Die Wahlbeteiligung lag in Trier mit 64,7 Prozent der Wahlberechtigten weit unter dem Landesdurchschnitt von 77,6 Prozent.

Als Hauptgrund für dieses Phänomen wird Teilnahmslosigkeit angeführt: Ihre Wurzeln reichen weit zurück in die Geschichte der Stadt. Man muß ihr Grenzstadt-Schicksal kennen mit den seit der Römerzeit immer wieder wechselnden Besatzungen, die nur mit Gleichmut und schließlich mit Gleichgültigkeit ertragen werden konnten. Man muß wissen, daß in den wichtigen Jahrzehnten der industriellen Entwicklung weder die preussische noch später die großdeutsche Regierung die Industrialisierung eines Raums wünschten, den beide lediglich als militärisches Aufmarschgebiet gegen Frankreich betrachteten.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg zeigte Trier, damals beherrscht von einer noch stark klerikal geprägten CDU, wenig Interesse an einem Wirtschaftsaufschwung. Die Christdemokraten brauchten ja viel länger als die SPD, bis sie begriffen, daß die alte Klassengesellschaft nicht mehr existiert. Für sie waren Industriearbeiter automatisch SPD-Wähler. War es da nicht bequemer, sich solche Leute vom Halse zu halten?

Diese Einstellung wirkte noch 1963 nach. Damals holte man sich aus Münster den neuen Oberbürgermeister. Der farblose Dr. Harnisch zahlte zwar pedantisch seinen Preis, indem er in die CDU eintrat, aber spürbare Impulse gingen von ihm nicht aus.

Wer das alles sieht, der wundert sich nicht mehr über geringe Wahlbeteiligungen. Er wundert sich auch nicht darüber, daß Fortschritte, die dennoch erzielt wurden, in erster Linie Sozialdemokraten zu verdanken waren. Hier sind in vorderster Linie zwei Namen zu nennen:

MdL Hans König, Erster Bürgermeister und Stadtkämmerer von Trier, hat als Landespolitiker entscheidend geholfen, die Voraussetzungen für eine Aufwärtsentwicklung des Trierer Raums zu schaffen. Als erster Vorsitzender des Sonderausschusses für Verwaltungsreform

und später als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion hat sich der gebürtige Berliner für seine Wahlheimat eingesetzt wie kaum ein anderer.

MdB Karl Haehser, Berichterstatter für Verkehrsfragen im Haushaltsausschuß des Bundestags, hat in Bonn unermüdlich um Verständnis für das so lange vernachlässigte Gebiet geworben. Aber auch Haehser konnte erst dann ernsthafte Fortschritte erzielen, als Sozialdemokraten in die Bundesregierung eintraten. Erst Wirtschaftsminister Professor Schiller war bereit, im Rahmen seines konjunkturfördernden "Aktionsprogramms Eifel-Hunsrück" Millionenbeträge für die Industrieansiedlung in Trier und in Wittlich-Wengenroth zur Verfügung zu stellen. Mit dem Erfolg, daß in Trier heute aussichtsreiche Verhandlungen mit mehreren Industrieunternehmen geführt werden, bei denen es um die Schaffung von rund 10.000 neuen Arbeitsplätzen geht. Und während noch Verkehrsminister Seeborn einen Ausbau der Straßen von und nach Trier mit der Begründung verweigert hatte, das geringe Verkehrsaufkommen rechtfertige die Kosten nicht, fand Haehser beim sozialdemokratischen Verkehrsminister Georg Leber Verständnis für seine These, man dürfe Verkehr nicht - wie Seeborn - abwickeln, sondern man müsse ihn entwickeln. Der Erfolg: Trier wird in Kürze über erstklassige Anschlüsse an die großen, europäischen Verkehrswege verfügen.

Daß die Erkenntnis dieser Tatsachen sich in Trier nur langsam durchsetzt, liegt an den anfangs beschriebenen Entwicklungshemmungen, denen das politische Bewußtsein der Bürger in der Vergangenheit unterworfen war. Daß sie sich aber durchsetzt, weist das Wahlergebnis aus. Im modernen Wohn-Vorort Mariahof, dessen Kennzeichen Wohnungseigentum und gehobener Bildungsstand sind, siegte bei überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung eindeutig die SPD. Auch der Umkehrschluß stimmt: Die geringste Wahlbeteiligung lag mit weniger als 50 Prozent dort, wohin der Fortschritt noch nicht gedrungen ist und wo die alte Teilnahmslosigkeit noch herrscht: In den alten Kasernen und den Misserhütten der Armen, die in Trier leider immer noch besonders zahlreich und besonders arm sind. Hier weiß man noch nicht - oder man vermag es noch nicht zu hoffen, daß die Zukunft nun auch für Trier begonnen hat.

+ - +

Kein Ende der Verfolgung

Zum Jahresbericht 1969 der Amnesty International

Von Hans Joachim Werbke, London

Im hellsten Tageslicht wurden acht Fleet-Street-Reporter von der Straße weg verhaftet. Schwarze Binde vor den Augen, zusammengepfercht in einem Polizeiauto, gelangten sie nach wilder Irrfahrt in einen Tunnel. Im Schnellgerichtsverfahren wurden sie zu Haft auf unbestimmte Zeit verurteilt. Nach Wegnahme aller persönlichen Habe fanden sie sich in einem unterirdischen Gang wieder, anderthalb Meter hoch, Zementfußboden, Beleuchtung: eine nackte Birne, Stroh als Lager, Brotkrumen als Verpflegung. Nach zwei Stunden wurden sie entlassen.

Mit diesem dramatischen Auftakt, zu dem sich die Fleet-Street-Journalisten als "Versuchstiere" zur Verfügung gestellt hatten, übergab die Britische Sektion von Amnesty International der Öffentlichkeit ihren Jahresbericht "Das Gesicht der Verfolgung 1969". Es ist ein Dokument der Trostlosigkeit. Kein Ende der Verfolgung ist abzusehen.

Der Bericht beschäftigt sich ausschließlich mit "Häftlingen aus Gewissensgründen", deren einziges "Verbrechen" darin besteht, daß sie andere Meinungen, anderen Glauben haben als diejenigen, die an der Macht sind. Diese politischen Gefangenen, oft ohne öffentliche Gerichtsverfahren und meist auf unbestimmte Zeit in Haft gehalten, qualifizieren für eine Patenschaft der Amnesty International. (Nicht solche Gefangenen, denen Gewalttätigkeiten zur Last gelegt werden.)

2.000 Patenschaften übt Amnesty aus. Die Betreuung besteht in Anstrengungen der Mitglieder und Förderer der Organisation, mit den Häftlingen selbst oder zumindest ihren Verwandten und Freunden Kontakt zu behalten, sie so gut es geht zu unterstützen und in Briefen und Petitionen bei den Behörden der Gewahrsamsstaaten vorstellig zu werden. Das Ziel ist Rechtsbeistand und Haftentlassung. Je diktatorischer und totalitärer ein Staat regiert, desto schwieriger ist es natürlich, etwas für den Schützing zu erlangen. Patenschaften werden nur für Fälle übernommen, die eine Forschungsabteilung von Amnesty International aufs Gründlichste untersucht hat. Derartigen Untersuchungen sind in "geschlossenen Gesellschaften" enge Grenzen gezogen. So kommt es, daß verhältnismäßig "offene Gesellschaften" in Berichten wie dem von Amnesty International besonders schlecht dastehen. Das ist namentlich für Südafrika der Fall, dessen 1.335 nachgewiesene politische Gefangene einen düsteren Rekord ergeben. Allerdings ist ja auch die Rechtsunsicherheit in einem Land, das von Gesetzes wegen dem Ministerium die Definition eines "Kommunisten" in die Hand gibt, gewaltig.

Nicht nur Regime der politischen Rechten machen sich freilich der Verfolgung von politischen Häftlingen aus Gewissensgründen schuldig. Die kommunistischen Staaten schneiden in dem Amnesty-Report nicht besser ab. Allein in der Sowjetunion hat Amnesty International 150 Paten-Gefangene, aber das ist nur die Spitze des Eisbergs, "die Gesamtzahl", so wird ausgeführt, "mag sehr wohl in die Tausende gehen". Für diese Vermutung führt Amnesty das Vorhandensein verschiedener Verfolgungsgruppen an: dissidentische Baptisten, denen die Staatskontrolle zuwider ist; Intellektuelle, die gegen die Sowjetpolitik, namentlich in Bezug auf die Tschechoslowakei, protestiert haben oder an der Zubereitung und Verteilung inoffizieller Literatur teilgenommen haben; Ukrainer, die gegen die Russifizierung aufgetreten sind; Ausländer wie der britische Dozent Gerald Brooke.

In Ostdeutschland hat Amnesty International 70 Häftlinge adoptiert, meist Flüchtlinge, die beim Fluchtversuch scheiterten, oder Fluchtheifer. Die Gruppe London von Amnesty International ist dabei, eine Kampagne zu starten, die auf die Entlassung des Opernregisseurs Horst Bonnet und seiner Frau gerichtet ist. Sie werden als prominentes Beispiel für diejenigen aufgeführt, die an der Abfassung und Verteilung von Kampfschriften beteiligt sind, in denen die Invasion der Tschechoslowakei und die ostdeutsche Teilnahme daran verurteilt worden waren.

Die Bundesrepublik kommt in dem Amnesty-Bericht gut weg. "Zur Zeit keine Häftlinge aus Gewissensgründen", heißt es lakonisch. Keiner der inhaftierten studentischen Demonstranten wurde einer Patenschaft von Amnesty für qualifiziert erachtet, da nur kürzere Haftstrafen verhängt worden seien.

Das Beispiel Bundesrepublik darf indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß kein Land und keine Verwaltung gegen den Vorwurf gefeit sind, die Verfolgung von Gewissenstägern auf dem Kerbholz zu haben. Die Summe der im Jahresbericht von Amnesty International aufgeführten "Häftlinge aus Gewissensgründen" macht nämlich nicht nur die 2.000 in Patenschaft genommenen Gefangenen aus, sondern die atembeklemmende Zahl von einer Viertel Million.